

HOLGER MICHAEL

ZWISCHEN DEN KRIEGEN

Polens Außenpolitik
1919–1939

edition ost

**Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt.
Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise
kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.**

edition ost im Verlag Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN 978-3-360-01899-1

1. Auflage

© 2022 Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin,
unter Verwendung eines Fotos von mauritius images/TopFoto/Central News
(Blick in den Empfangssaal des polnischen Außenministeriums in Warschau, 25. Oktober 1921)

www.eulenspiegel.com

Inhalt

Vorwort — 7

1. Vom alten zum neuen Polen — 15
2. Der neue Staat ohne Grenzen — 31
3. Kampf um die neuen Grenzen mit den Deutschen — 59
4. Konflikt mit Litauen und Sowjetbelorussland — 91
5. Die brennende Grenze im Osten — 115
6. Konflikte mit der Tschechoslowakei — 155
7. Polen in den neuen Grenzen — 173
8. Das polnische Bündnis- und Sicherheitssystem — 203
9. Zwischen Rapallo und Locarno — 227
10. Der lange Weg nach Moskau — 249
11. Überraschende Verständigung mit Berlin — 273
12. Die Illusion einer »unabhängigen Außenpolitik« — 293
13. Polen und die Zerschlagung der Tschechoslowakei — 329
14. Die letzten Monate — 349
15. Der Nichtangriffsvertrag um Polen — 375

Nachwort — 405

Literaturverzeichnis — 411

Vorwort

Mit dieser Publikation liegt eine geschlossene Darstellung der polnischen Außenpolitik für die Jahre 1918 bis 1939 vor. Sie soll dazu dienen, die komplizierten Zusammenhänge des Kampfes um die polnischen Nachkriegsgrenzen, die permanenten Feind- und Gegnerschaften sowie Bündnisbestrebungen unseres Nachbarlandes deutlich zu machen. Polens Außenpolitik in dieser Zwischenkriegszeit führte in tragischer Weise in eine für das polnische Volk bis dato nie gekannte nationale Katastrophe. Das war keine Gesetzmäßigkeit oder unabwendbare Konsequenz. Doch unter den gegebenen konkret-historischen Verhältnissen der Herrschaft einer in bestimmten Adelstraditionen und damit verbundenen unrealistischen Sichtweisen befangenen polnischen Führungsschicht konnte eine andere Alternative kaum zum Durchbruch gelangen.

Die vorliegende Arbeit belegt, dass dies nicht vor allem und schon gar nicht die alleinige Schuld der polnischen Führung war und sie hinsichtlich des bestehenden Handlungsspielraumes ihre Möglichkeiten optimal genutzt hatte. Doch der selbst verschuldete enge Handlungsrahmen begrenzte eben auch jedes noch so klug angedachte Manöver zur Sicherung der staatlichen Integrität und letztlich der Existenz des unabhängigen Polens.

Die Außenpolitik Zwischenkriegspolens wurde von den seit 1944 in Polen herrschenden Linken allein auf ihren Klassencharakter reduziert und ihr Scheitern zu einer Gesetzmäßigkeit erklärt. Die polnischen Kommunisten und ihre Bündnispartner leiteten daraus zu Recht auch ihre politische Legitimation ab, die die Volksrepublik Polen tatsächlich in eine Position brachte, von der Zwischenkriegspolen nur träumen konnte: sichere und natürliche Grenzen, befreundete und verbündete Nachbarn, eine bedeutende internationale Stellung innerhalb der osteuropäischen (sozialistischen) Länder, innerhalb Europas und letztlich in der Welt. Mehr noch: Eine solch geachtete Stellung, unterlegt mit wohlwollendem

Respekt und Anerkennung und nicht mit Furcht vor nationaler und sozialer Unterdrückung und Arroganz seiner herrschenden Klasse, hatte Polen im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte weder vorher noch nachher aufzuweisen.

Bis heute ist die polnische Außenpolitik der 1920er und 1930er Jahre – die sogenannte Zwischenkriegszeit – nicht nur in Polen, sondern auch unter ausländischen Historikern umstritten. So wird immer wieder gefragt, was die polnische Führung bewogen haben könnte, durch eine zum Teil als weltfremd empfundene Haltung die eigene Unabhängigkeit aufs Spiel gesetzt und – verspielt zu haben.

Die meisten Kritiker – auch linksbürgerliche – machen Klassenbeschränktheit, Klassenegoismus, Borniertheit, blinden Antikommunismus, Antisowjetismus, fehlenden Realismus, Überschätzung der eigenen Kräfte und Mittel usw. für die Zwischenkriegsdiplomatie verantwortlich. All das ist belegbar, doch für eine plausible Erklärung nicht ausreichend. Die polnische Führung, ihre Außenpolitiker und Diplomaten waren keine Abenteurer, sondern hochgebildete, kompetente, der 1918 oft unter hohem persönlichen Einsatz erkämpften Unabhängigkeit verpflichtete Menschen, denen im Sinne eines bürgerlichen Patriotismus das Wohl Polens am Herzen lag. Sie verfolgten eine Außenpolitik, hinter der sie mit ihrer ganzen Person, mit bestem Wissen und Gewissen standen. Sie darzustellen heißt auch, die Anstrengungen Warschaws zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu würdigen.

Was sich heute – aus der Retrospektive von mehreren Jahrzehnten – als Fehler, politische Kurzsichtigkeit oder insgesamt als verfehlt darstellt, konnte zur Tatzeit zumeist nicht als Irrtum erkannt werden. Bestimmte Entwicklungen, wie z.B. die in der Sowjetunion, konnten zu jener Zeit weder in Warschau noch anderswo in Europa vorausgesehen werden. Auch viele der warnenden Worte und Prognosen einzelner Persönlichkeiten waren weniger das Ergebnis von Genialität, exakter und kompetenter Analysen, sondern wohl eher Ausdruck von Intuition, Trotz und Opposition.

Jene Politik zu analysieren und gerecht zu bewerten, heißt, vom damaligen Erkenntnisstand auszugehen und die Interessen der vielen

und gegensätzlich handelnden Protagonisten und Antagonisten deutlich zu machen. Das erfordert neben notwendigem Einfühlungsvermögen unbedingte Distanz. Für einen Historiker ist das immer wieder eine Herausforderung.

Die polnischen Rechten nach 1945 hingegen machten es sich hierbei einfach. Sie glorifizierten jene Außenpolitik als unabhängig und trennten sie von ihren praktischen katastrophalen Folgen. Damit wiesen sie jener Politik eine Bedeutung zu, die sie nie besessen hatte. Die verantwortlichen Akteure eben jener Außenpolitik waren nämlich keinesfalls mit den damaligen Konstellationen und Ergebnissen jener »unabhängigen Außenbeziehungen« zufrieden. Die polnische Staatsführung, vor allem der die Außenbeziehungen in den ersten Jahren und ab 1926 prägende Marschall Józef Piłsudski, war sich der Tragik des polnischen Bündnis- und Sicherheitssystems durchaus bewusst und spürte die darin liegenden Gefahren. Sie war – im Gegensatz zu den gegen die Volksrepublik Polen kämpfenden und heute regierenden Rechten – weit davon entfernt, ihren engen Spielraum zu bejubeln.

Die heutigen Machthaber Polens, die sich in den Medien geradezu unwidersprochen als Fortsetzer jener Zwischenkriegszeit präsentieren, befinden sich in einer weitaus besseren außenpolitischen Situation als ihre Vorbilder. Die gegenwärtige Gestalt Polens verdanken sie nämlich den abgetretenen Linken und der untergegangenen Sowjetunion. Doch statt auf den Errungenschaften eines halben Jahrhunderts aufzubauen, reaktivieren sie jene Elemente der Außenpolitik, die für Polen so katastrophale Folgen hatten. Statt die Beziehungen mit dem Osten zu stabilisieren, zu erweitern und insgesamt zu verbessern, wie es Marschall Piłsudski angestrebt hatte, wird eine feindselige Außenpolitik gegenüber Russland und Belarus betrieben. Dienten die Bemühungen des Marschalls der Verteidigung Polens und der Abwehr einer sowjetischen Revanche für das Jahr 1920, so zielt die heutige Ostpolitik auf expansive Einflussenerweiterung (Belarus, Ukraine) und Erniedrigung (Russland) ab. Bislang war damit dem neubürgerlichen Polen kein Erfolg, sondern eher das Gegenteil beschieden. In der Europäischen Union gilt Polen als Störenfried in den Beziehungen zum rohstoffreichen Russland. Diese

Politik kostete mehr als nur dem Staatschef das Leben, als sich Präsident Lech Kaczyński im Frühjahr 2010 weigerte, im belorussischen Minsk oder russischen Moskau notzulanden. Die Beziehungen zu Polens großem Nachbarn im Osten werden heute bewusst verschlechtert. Derartiges hätte sich die Diplomatie Zwischenkriegspolens bei allem Antikommunismus und Antisowjetismus nach 1923 kaum erlaubt. Eine so einseitige Betonung der antisowjetischen Komponente der polnischen Außenpolitik durch die heutigen Machthaber verstellt aber auch den Blick auf eine sachliche, richtige und somit gerechte Wertung der Zwischenkriegsdiplomatie.

Andererseits ist es unzulässig, die Ergebnisse polnischer Außenpolitik allein und zwangsläufig in den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen im September 1939 münden zu lassen. Geschichte von ihrem Endpunkt aus zu betrachten, verleitet dazu, den Kriegsausbruch als logische und kausale Konsequenz einer verfehlten Außenpolitik zu klassifizieren. Das kann leicht zu der völlig falschen Behauptung führen, dass letztlich die Polen selbst am Kriegsausbruch schuldig wären. Das würde einigen politischen Kreisen in Deutschland und anderswo durchaus gefallen.

Zu bedenken wäre aber auch, dass Polen – trotz seiner wie auch immer gewerteten Außenpolitik – von seinen westlichen Bündnispartnern damals hintergangen und verraten worden ist. Das führt zu der bisher kaum diskutierten These, dass Polen gerade im Vertrauen auf den Westen auf die angebotene sowjetische Hilfe verzichtet hatte. Bis zum Schluss wurden London und Paris nicht müde, Warschau ihrer Hilfe zu versichern und Polen hierbei hinters Licht zu führen, wie neueste Forschungen bestätigen. Der Westen war bereit, Polen Hitler auszuliefern, um ihm die letzte staatliche Barriere auf dem Weg in die UdSSR wegzuräumen und selbst im sicheren Abseits zu bleiben.

Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, dass Polen den Deutschen keinen Anlass zum Krieg gegeben hat und völlig schuldlos angegriffen wurde. Diejenigen Kräfte, die letztlich über den Überfall entschieden bzw. sich ihm nicht widersetzen, obwohl sie dafür ausreichend Kräfte und Mittel verfügten, befanden sich außerhalb Polens. Auf sie hatte Polen letztlich kaum Einfluss.

Dennoch verdient diese tragisch endende Außenpolitik Anerkennung. Polen hatte aktiv an der europäischen Außenpolitik teilgenommen. Polen war vertragstreu und zuverlässig, hatte keinen der mit ihm abgeschlossenen Verträge unterlaufen oder sich seinen Verpflichtungen entzogen, was man von seinen Verbündeten nicht behaupten konnte. Dass Warschau über bestehende Verpflichtungen hinaus Wege zur Absicherung seiner nationalen Sicherheit suchte und hierbei riskante Wege beschritt, ist sicher kritikwürdig, aber auch erklärbar.

Mit der Annexion des Olsa-Gebietes im Schatten Hitlerdeutschlands hatte Polen im Umfeld der Zerschlagung der Tschechoslowakei die Grenzen seiner bisher berechenbaren Außenpolitik eindeutig überschritten und verdiente daher entschiedene Kritik. Insgesamt jedoch hatte sich Warschau nach 1923 immer an seine selbst vorgegebene außenpolitische Linie gehalten. Trotz Machtwechsel 1926 gab es keinen grundsätzlichen außenpolitischen Kurswechsel. Die polnische Außenpolitik war konstant, konsequent und berechenbar. Das brachte ihr weitere historische Verdienste ein:

Erstens hatte Polen den Werbungen der deutschen Führung widerstanden, sich um den zweifelhaften Preis ukrainischen Landbesitzes an einem Krieg gegen die Sowjetunion zu beteiligen.

Zweitens setzte die Weigerung Polens, auf die deutschen Vorschläge einzugehen und die Bereitschaft, Polen gegen die Deutschen zu verteidigen, der westlichen Begünstigungspolitik (Appeasement) ein Ende. Nunmehr gab es erstmals bewaffneten Widerstand, gab ein mittelgroßes europäisches Land der größten und modernsten Militärmacht Europas nicht nach. Dadurch wurden die Westmächte gezwungen, in den Krieg zu ziehen und ihre Beobachterrolle im Kampf gegen die UdSSR aufzugeben. Das kämpferische Verhalten Polens machte in dieser Sichtweise letztlich auch die Entstehung der Antihitlerkoalition nötig und möglich.

Ich habe lange überlegt, wie ich dem Leser diese überaus umfangreiche und komplizierte Problematik nahebringen sollte. Die Verführung, durch eine strikt wissenschaftliche Abhandlung Lob und Anerkennung der Fachwelt zu erringen und vielleicht hitzige und Aufmerksamkeit

erregende Debatten zu entzünden, war freilich groß. Sie barg aber auch die Gefahr, den Kreis der Leser klein zu halten und ihnen zudem übermäßig Geduld und Ausdauer zuzumuten.

Letztlich fiel doch eine andere Entscheidung. Hier geht es darum, dem deutschen Leser einen komplizierten und interessanten Zeitraum nahezubringen. Dabei darf er durch die Vielzahl der Fakten nicht verwirrt werden, er muss den Überblick behalten, um die geschilderten Vorgänge nachvollziehen zu können. Deshalb wird auch der bisher diesem Thema fern stehende Leser immer wieder an die verschiedenen Schwerpunkte durch entsprechende Erklärungen herangeführt.

Die vorliegende Arbeit bietet nicht nur einen umfassenden Überblick über die außenpolitischen Probleme der polnischen Zwischenkriegszeit, sondern ist auch geeignet, historisch Interessierten ohne Vorkenntnisse tiefere Einblicke in die Geschichte unseres Nachbarlandes zu ermöglichen.

Geschichte von Außenpolitik ist immer auch Beziehungsgeschichte zu anderen Staaten. Daher ist es angebracht, die Vorgänge in den an Polen angrenzenden Nachbarstaaten dahingehend zu beleuchten, um die Motivationen politischer Handlungen gegenüber Polen nachvollziehbar zu machen. Hierbei handelt es sich teilweise um Fakten, Tatsachen und Zusammenhänge, die in der deutschsprachigen Literatur nicht zugänglich sind und so auch als Bereicherung des Geschichtsbildes des Lesers über jene Länder dienen können.

Die Geschichte der polnischen Außenpolitik – und noch dazu in einem so bedeutsamen historischen Zeitraum – darzustellen, erfordert immer eine strenge Auswahl der zu behandelnden Geschehnisse. Einige werden breiter und tiefgründiger dargestellt, andere nur erwähnt. Komplizierte Verhandlungswege werden ausgeblendet oder nur im Umriss wiedergegeben, einige werden je nach Relevanz geradezu minutiös präsentiert. Jene Auswahl wurde nach dem Prinzip der historischen Relevanz getroffen: Ereignisse, die in besonderem Maße die weitere Entwicklung prägten. Andere Ereignisse tiefer zu beleuchten, war nicht möglich.

Mein Leben ist fast ein halbes Jahrhundert mit Polen verbunden gewesen. Eine Faszination von Land und Leuten, familiäre Verbindungen

(meine erste Frau und unsere Tochter sind Polinnen), mein Studium in Warschau und Wrocław, eine über zehnjährige Dolmetschertätigkeit im Rahmen des Kinder- und Jugendaustausches DDR-Polen, meine berufliche Tätigkeit als Polen-Spezialist an der Akademie der Wissenschaften der DDR, mein Einsatz als Deutschlehrer in Polen sowie Polnischlehrer in Ostdeutschland, meine mit der polnischen Geschichte und Gegenwart befassten Publikationen sowie meine vielen Kontakte mit polnischen Freunden und anderen Bürgern machen es mir nicht leicht, bei einer solchen bis heute im polnischen Gesellschaftsbewusstsein sensiblen und somit emotional unterlegten Problematik eine für diese Arbeit nötige kühle Distanz zu wahren. In bestimmten Fragen, vor allem was das Verhältnis zur Sowjetunion betraf, hatte ich schon seit Beginn der Beschäftigung mit Polen eine andere Meinung als die Mehrzahl der Polen selbst. Diese Auffassungen, mit denen ich übrigens auch unter vielen Polen und auch polnischen Historikern nicht allein stehe, hat sich bis heute im Wesentlichen erhalten und wurde mit den Jahren wissenschaftlich immer mehr unterlegt.

Auch in anderen Fragen, die in dieser Arbeit behandelt werden, tauchen Wertungen auf, die von den allgemein heute in Polen vertretenen Auffassungen teilweise, erheblich oder gänzlich abweichen. Vielfach setze ich mich mit langlebigen und verfestigten Auffassungen in der polnischen Geschichtsschreibung auseinander. Mit Sicherheit fordere ich damit einen Teil der polnischen Leser heraus, da diese Fragen bis heute entweder ein Tabuthema darstellen oder hochgradig emotionalisiert sind.

Dennoch betrachte ich es als einen Vorzug, mit dieser Arbeit eine von den üblichen und stereotypen Vorstellungen abweichenden Darstellung präsentieren zu dürfen, die dem Verständnis des abgelaufenen Geschichtsprozesses dient.

Holger Michael

Berlin, im Januar 2021

Vom alten zum neuen Polen

Mit der Dritten Teilung Polens verschwand 1795 einer der größten Staaten Europas, der zweitgrößte Osteuropas, von der politischen Landkarte. Sein Untergang war wesentlich selbst verschuldet. Eine über Jahrhunderte betriebene Ostexpansion, die Polen zeitweilig den Besitz Moskaus bescherte, forderte zuerst die Völker des Ostens, später die immer mächtiger werdenden Nachbarn aller Himmelsrichtungen heraus, die nicht minder expansiv waren.

Diesem Druck konnte Polen allein durch seine geographische Lage nicht auf Dauer standhalten. Zudem machte ein inzwischen antiquiertes politisches System das Land immer schwerer regierbar. Der nur auf seine Privilegien bedachte und gegenüber anderen Ländern vergleichsweise zahlreichere Adel im Verbund mit einer starken katholischen Machtkirche ließen alle Reformen und Modernisierungsbestrebungen fehlschlagen und bescherten dem Staat eine immer schwächer werdende königliche Zentralmacht. So begann der hundertjährige Zerfall dieser osteuropäischen Großmacht seit der Mitte des 17. Jahrhunderts und war auch durch zaghafte Versuche progressiver Kräfte des polnischen Volkes nicht mehr aufzuhalten. Eben diese Bemühungen polnischer Patrioten aus Teilen des Adels, des schwachen Bürgertums und der Bauernschaft brachten die sich sonst so patriotisch gebärdenden Oberschichten dazu, sich aus klassenegoistischen Gründen lieber fremden Herrschern zu unterwerfen.

Die nächsten Jahrzehnte waren davon gekennzeichnet, die staatliche Unabhängigkeit vor allem durch Aufstände und andere militärische

Unternehmungen wiederzuerlangen. Mit der Errichtung des Großherzogtums Warschau konnte auf einem kleinen Territorium dieser Traum für sieben Jahre realisiert werden. Nach seiner Liquidierung geriet ganz Polen etwas mehr als einhundert Jahre wieder unter Fremdherrschaft. In den nächsten fünfzig Jahren folgte eine Verschwörung, eine Erhebung und ein Aufstand auf den anderen: 1830/31, 1846, 1848 und 1863/64. Alle diese Aufstände, die besonders vom Unabhängigkeitswillen des polnischen Volkes kündeten, wurden blutig niedergeschlagen, endeten mit Massenemigrationen, Verbannungen und dem schrittweisen Verlust bedeutender autonomer Rechte. Besonders der letzte, der Januaraufstand 1863/64, verdeutlichte angesichts des realen Kräfteverhältnisses die Aussichtslosigkeit weiterer Erhebungen.

Das Fiasko der Aufstandsideologie ermöglichte erstmals eine breitere Diskussion über die Ursachen des Untergangs des alten Polens. Das war ein ungewöhnlicher Fortschritt, denn bisher wurde die Schuld am Verlust der Eigenstaatlichkeit vor allem den fremden Mächten angelastet. Die eigenen hausgemachten Schwächen und Verfehlungen kamen dabei kaum zur Sprache. Die Aufstände wurden so auch im alten Geist geführt, womit die Bauern, denen man kaum soziale und politische Rechte zubilligen wollte, als Bevölkerungsmehrheit nicht mehr zu gewinnen waren. Auch deshalb scheiterten die Erhebungen.

Es dauerte aber sehr lange, bis eine reale Sicht auf die Gründe des Scheiterns von größeren Gesellschaftskreisen angenommen wurde. Man kann sogar sagen, dass diese Wertungen im Geschichtsbewusstsein der meisten Polen erst nach dem Zweiten Weltkrieg wirklich Fuß fassen konnten.

Undifferenziert hingegen hängt man bis heute dem verlorenen Riesenreich an, was doch ein wesentlicher Grund für dessen Untergang war. Das Bewusstsein vergangener Größe und deren Restitution nahm auch durch verstärkte publizistische Tätigkeit nach 1900 immer mehr zu und bildete 1918 einen nationalen Konsens.

Nach dem Fiasko der Aufstandsideologie 1864 setzte ein gewisses Umdenken ein, das sich in verschiedenen Konzeptionen äußerte. Das Spektrum jener Überlegungen reichte von völliger bis partieller

Anpassung an die neuen Verhältnisse, »organischer Arbeit« (Schaffung wirtschaftlicher und kultureller Grundlagen für ein künftiges modernes Polen), bis zur Schaffung politischer Parteien, die eine nationale Autonomie postulierten.

Man hatte gesehen, dass die Kräfte der Polen zu schwach waren, sich auch nur einer der Teilmächte zu entledigen. Solange die drei auch noch zusammenhielten, war keine wesentliche Änderung in Sicht.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam wieder Bewegung in das politische Leben Polens.

Die Ereignisse der russischen Revolution 1905 führten im russischen Teilungsgebiet zu Massenaktionen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, die die besitzenden Klassen und Schichten verängstigt hatten. Sie waren daher bereit, sich um der Besitzsicherung willen »ihrer« Teilmacht noch weiter anzunähern, auf die Unabhängigkeit zu verzichten und bestenfalls eine weitgehende Autonomie im Rahmen des bestehenden Staates anzustreben. Zudem hatten sie bemerkt, dass die Widersprüche zwischen den inzwischen etablierten Bündnissystemen Entente (Russland, Frankreich, das Vereinigte Königreich) und den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn auch für das Schicksal der polnischen Gebiete zunehmend Bedeutung bekamen und vieles darauf hindeutete, die bisherige Teilungspolitik aufbrechen zu können.

Die bis Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildeten politischen Parteien und Gruppierungen traten nun mit unterschiedlichen Konzeptionen hinsichtlich der Zukunft der polnischen Gebiete an die Öffentlichkeit.

Die Nationaldemokraten – die Partei der besitzenden Klassen, der etablierten Intelligenz und mit der katholischen Kirche verbunden – vollzogen nach den revolutionären Ereignissen eine geradezu konzeptionelle Wende ihrer Zukunftsplanung. Sie blieben bei ihrer vor allem antideutschen Ausrichtung, da sie in den Germanisierungsbestrebungen des Deutschen Reiches die größte Gefahr für den Erhalt der polnischen Nationalität sahen, und suchten auch gegen die eigenen revolutionären Bestrebungen Halt bei Russland. Sie rechneten mit einem Krieg zwischen Russland, der Entente und den deutschsprachigen Teilmächten.

Nach einem Sieg der Alliierten sollten die polnischen Gebiete der Deutschen und Österreicher dann unter russische Herrschaft fallen und sich mit Russisch-Polen zu einem einheitlichen autonomen Organismus vereinigen. Solch ein enormes Territorium, davon gingen die Nationaldemokraten aus, wäre nicht mehr mit den bisher üblichen zaristischen Methoden regierbar gewesen. Hier hätte man Polen zur Verwaltung einsetzen müssen. Eine weitgehende Autonomie wäre die Folge, aus der die Polen in unabsehbarer Zeit möglicherweise noch mehr hätten heraus schlagen können. Grundlage einer solchen Konzeption wäre ein Bündnis zwischen der besitzenden Klasse Polens und dem Zarismus gewesen, das sich gegen jeglichen sozialen Fortschritt gerichtet hätte. Russland wäre also die Schutzmacht gegen innen und außen gewesen. So wäre auch Polens Sicherheit gegenüber den Deutschen gewahrt. Polen hätte zudem im zaristischen Riesereich einen unbegrenzten Absatzmarkt, eine nie versiegende Rohstoffbasis gehabt und sich zur am weitesten entwickelten Region des Imperiums entwickeln können.

Diese Konzeption, wäre sie zum Tragen gekommen, hätte Polen zusammen mit Russland lediglich in den geschwächten deutschsprachigen Ländern außenpolitische Gegner gehabt. Diese wären jedoch durch ein Bündnis mit Frankreich und Großbritannien in Schach zu halten gewesen.

Diese pro-russische Orientierung wäre durchaus eine realistische Alternative gewesen.

Eine gewisse Realisierung, allerdings unter wesentlich anderen Vorzeichen, erlebte diese Orientierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Polen erhielt vor allem durch den Sieg der sowjetischen Waffen Gebiete bis zur Oder-Neiße-Grenze, war mit der UdSSR politisch, wirtschaftlich und militärisch verbunden und entwickelte sich zu einem der stärksten osteuropäischen Staaten. Dieser Zustand hat immerhin fast ein halbes Jahrhundert gehalten.

Die andere Orientierung war die pro-österreichische, die von einem Sieg der Mittelmächte Österreich-Ungarn und Deutschland ausging. Im österreichischen Teilungsgebiet herrschten die liberalsten Verhältnisse, konnte sich die polnische Kultur geradezu ungehindert entwickeln und

waren Polen mit zur Verwaltung des Teilungsgebietes eingesetzt. Nach den durchaus positiven Erfahrungen des Ausgleichs mit Ungarn 1867, bei dem die Ungarn innerhalb der Habsburger Monarchie ein hohes Maß an Selbstbestimmung erhielten, reiften auch unter den Konservativen in Kraków und Lwów (Lemberg) ähnliche Überlegungen heran. Nach einem Sieg über Russland sollten das österreichische mit dem russischen Teilungsgebiet vereinigt werden und Polen neben Ungarn die dritte Säule des Habsburger Staates bilden.

Diese, wie auch die pro-russische Orientierung, hatte den Vorzug, ohne eigene Anstrengungen oder gar nationale Revolution zu einem eigenen polnischen Staatsgebilde zu kommen und den Einfluss breiter Volksbewegungen mit anderen Zielstellungen zu verhindern.

Die pro-russische Konzeption war in ihrer Anlage und bedachten Konsequenzen sicherlich die solideste von beiden. Die pro-österreichische implizierte von vornherein eine Vielzahl von ungeklärten Fragen und vorprogrammierten Konflikten. Tschechien als der am weitesten entwickelte Teil des Habsburger Reiches hätte Kompensationen gefordert, die die Monarchie einer inneren Zerreißprobe ausgesetzt hätten. Mit Sicherheit hätten die Tschechen Anspruch auf die Slowakei erhoben, die Ungarn zugeschlagen worden war. Eine »slawische Säule« des Habsburger Reiches mit Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainern usw. zu bilden, hätte sich schon allein wegen der polnisch-tschechischen Konkurrenz, letztlich wegen des damit veränderten Kräfteverhältnisses innerhalb der Monarchie als schwer durchsetzbar erwiesen.

Absoluter Schwachpunkt dieser Orientierung wäre der offizielle Verzicht auf das deutsche Teilungsgebiet gewesen. Diese Tatsache hätte immer für Spannungen zwischen den Deutschen, Österreichern und Polen gesorgt; normale Beziehungen zwischen Polen und Deutschen hätte es nie gegeben. Obwohl das deutsche Teilungsgebiet das kleinste der polnischen Territorien ausmachte, auf das die polnische Nationalbewegung Anspruch erhoben hatte, hätte sein weiterer Verbleib bei Deutschland ständige und heftige innenpolitische Auseinandersetzungen hervorgerufen. Bei diesen Spannungen wäre das Verhältnis zum deutschfreundlichen Wien belastet und letztlich zu Gunsten

Russlands ausgefallen, das sich nun zum Sprecher der polnischen Sache hätte aufschwingen können.

Außenpolitisch wäre diese Orientierung nicht nur gegenüber Deutschland von zweifelhaftem Wert, sondern wäre auch aggressiv gegenüber Russland gewesen. Da die Grenzen im Osten nicht ausgemacht waren, wäre hier noch alles offen gewesen und konnte zu weiteren Kriegen führen. Die »österreichisch-polnisch«-russische Grenze wäre eine permanent brennende Grenze gewesen, deren Folgen für den inneren Zustand Polens unabsehbar gewesen wären.

Die einfachste Konzeption hatten die revolutionären Linken, aus der im Dezember 1918 die Kommunistische Partei Polens hervorging. Sie lehnten einen unabhängigen polnischen Staat ab, denn er würde in jedem Falle bürgerlich sein. Ein Kampf um die Unabhängigkeit Polens hielt ihrer Meinung nach die Arbeiterklasse und andere Werktätige nur vom Kampf um eine sozialistische Revolution ab. Zudem waren ihrer Meinung nach die von den Teilungsstaaten weggerissenen polnischen Teile zu einem Gesamtstaat vereinigt wirtschaftlich nicht lebensfähig. Dieses Argument war nicht von der Hand zu weisen.

Diese Linken vertraten die Meinung, dass infolge einer europäischen Revolution die Nationalstaatlichkeit ohnehin wegfallen und die Völker ohne Grenzen friedlich nebeneinander leben würden. Grenzen sollten nur Völker, nicht Staaten trennen. Das war eine subjektivistische, den Realitäten fremde Einstellung, mit der auch Lenin scharf ins Gericht ging. Er hielt den polnischen Nationalstaat nach einer derartig langen Fremdherrschaft für eine historische Notwendigkeit, anderslautende Ideen hingegen für äußerst schädlich für die Arbeiterbewegung. Die polnischen Kommunisten, die noch lange an diesem Gedankengut festhielten, mussten dafür einen hohen Preis zahlen. Sie verloren wesentlichen Einfluss in der Arbeiterschaft. Nur unter großen Anstrengungen vermochten die Kommunisten den durch sie selbst verschuldeten Einflussverlust später teilweise auszugleichen. Letztlich akzeptierten sie die polnische Eigenstaatlichkeit und gehörten später zu ihren energischsten Verteidigern.

Eine völlig andere Konzeption verfolgten Józef Piłsudski (1867–1935) und seine Anhänger, die seit 1908 das eigentliche Unabhängigkeitslager

ausmachten. Der aus dem Gebiet Wilna – einer Region von etwa vierhundert Quadratkilometern mit verschiedenen nationalen Minderheiten – stammende polnische Kleinadlige sah in Russland den Hauptfeind der polnischen Nationalbewegung und in einem bewaffneten Aufstand gegen den Zarismus den Hauptweg zur Erringung der Unabhängigkeit. Damit stand er in Widerspruch zu den an die neue Lage angepassten großen Teilen der polnischen Gesellschaft, die angesichts der letzten großen Niederlage 1864 die Aufstandsideologie begraben hatten.

Die einzige politische Kraft, die ebenfalls auf einen anti-russischen Aufstand setzte, war die sich in der Emigration herausbildende Polnische Sozialistische Partei PPS, zu deren wichtigstem Propagandisten und Parteiführer sich Pilsudski entwickelte. Es gelang ihm, die nach sozialer Befreiung strebenden Arbeiter auf seine Linie einer nationalrevolutionären Änderung festzulegen und eine bewaffnete Organisation innerhalb der PPS aufzubauen. Im Verlauf der Revolution von 1905 kamen seine bewaffneten Kräfte zum Einsatz, so dass er über einen Stamm zuverlässiger illegaler Kämpfer verfügte. Nachdem die Partei seine Aktivitäten missbilligte, spaltete er die PPS und nutzte den rechten Flügel als politisches Rückgrat seiner nunmehr nach rechts offenen Militärorganisation. Durch eine geschickte Politik gelang es ihm, einerseits eine bürgerliche und legale Schützenorganisation als Grundstock einer künftigen polnischen Armee zu schaffen und andererseits unter den ihn unterstützenden Rechtssozialisten den Eindruck zu wahren, Sozialist zu sein. Seine Anhänger rekrutierten sich vor allem aus Angehörigen der Szlachta-Intelligenz, die – beseelt vom Kampf um die Unabhängigkeit in einem freien Polen – für sich ein besseres Leben erhofften, aber auch Teilen der akademischen und Schuljugend, denen die konformistischen Konzeptionen der anderen Parteien nicht genügten, sowie Teilen der armen Bauernschaft und Arbeiter, die aus verschiedenen Gründen am Unabhängigkeitsgedanken festhielten.

Der Plan Pilsudskis bestand darin, bei Ausbruch eines Weltkrieges mit seiner Schützentruppe in Russisch-Polen einzumarschieren, Freiwillige zu sammeln und ein polnisches Heer unter seiner Führung zu

schaffen. Er rechnete fest mit einem anti-russischen Aufstand und den darauf folgenden Rückzug der Russen nach Osten. So militärisch gestärkt, wollte er durchaus an der Seite der Mittelmächte weiter gegen Russland kämpfen und auf politischem Wege einen selbstständigen polnischen Staat aus der Taufe heben, dessen Anerkennung den Deutschen und Österreichern abgerungen werden sollte. Die Grenzen dieses Staates – nach Süden zu den Österreichern, nach Norden und Westen zu den Deutschen – waren noch nicht konzipiert. Das sollte durch die Wucht der polnischen Nationalbewegung unter seiner Führung in Absprachen und Verhandlungen den Mittelmächten abgetrotzt werden. Im Osten hingegen wollte er so weit wie möglich vorstoßen. Hier allein sollte die Stärke der polnischen Waffen die Grenzlinie festlegen.

Sein Polen sollte kein Teil des deutschen oder österreichischen Territoriums, sondern völlig unabhängig sein. Seine Konzeptionen verstand er meisterhaft zu tarnen, so dass er sogar bis heute unter einigen Historikern als Anhänger der pro-österreichischen Orientierung gilt. Das war er jedoch nicht. Dennoch musste er mit den Österreichern zusammenarbeiten, denn sonst wäre an seine legale Schützenorganisation nicht zu denken gewesen. Diese Zusammenarbeit war ihm lästig und er bekämpfte Leute, die aufrichtig zur pro-österreichischen Orientierung standen.

Die andere politische Hauptfigur im Vorfeld der Erringung der Unabhängigkeit und Hauptgegenspieler von Piłsudski in der Zwischenkriegszeit war Roman Dmowski (1864–1939), Führer und Ideologe der größten bürgerlichen, der rechten nationaldemokratischen Partei. Er und Piłsudski führten die einflussreichsten politischen Gruppierungen im neuen Polen, waren die bedeutendsten Kontrahenten jener Zeit. Obwohl Dmowski gegenüber Piłsudski wesentlich realistischere außenpolitische Vorstellungen repräsentierte und die politischen Vorstellungen von Millionen Polen über Jahrzehnte prägte, bekleidete er kaum eine Regierungsposition. Offiziell war er Ende 1923 nur knappe zwei Monate Außenminister. Dennoch wurde er – zumindest bis 1926 – von jedem dritten wählenden Polen als Führer der Nation betrachtet. In den dreißiger Jahren waren die Nationaldemokraten immerhin die mitgliederstärkste Partei Polens.

Der in Komionek (heute Warschau) geborene Kleinadlige studierte in Warschau Naturwissenschaften und schloss sich der patriotischen Bewegung an. Mit den Jahren wurde er zum Begründer und Ideologen der Nationaldemokratie. Sie bildete den rechten Flügel der polnischen Nationalbewegung. In der polnischen Geschichtsschreibung werden die Nationaldemokraten immer als Nationalisten dargestellt. Diese Sichtweise suggeriert aber auch, dass andere Gruppierungen nicht nationalistisch gewesen wären. Das war allerdings nicht der Fall. Allen politischen Parteien und Gruppierungen – mit Ausnahme der Linkssozialisten und Kommunisten – war ein mehr oder weniger stark verwurzelter Nationalismus eigen. Das war historisch gesehen normal und moralisch kaum verwerflich, denn der Nationalismus einer unterdrückten Nation hatte eine politisch-moralische Existenzberechtigung. Da durch das Fehlen eines eigenen Staates mit seinen Bildungs- und Erziehungsinstitutionen die Grenzen zwischen Patriotismus und Nationalismus fließend waren und bürgerliche Kräfte das Unabhängigkeitsbestreben dominierten und repräsentierten, bildete jener Nationalismus – und nicht nur in Polen – eine der geistigen Triebkräfte der nationalen Befreiungsbewegung.

Die Problematik des polnischen Nationalismus hatte direkten Einfluss auf die Außenpolitik Zwischenkriegspolens. In Polen bildeten sich zwei spezifische Arten von Nationalismus heraus. Beide Arten basierten auf den gleichen Grundlagen und gingen von einer höheren polnischen Kultur gegenüber den Ostslawen, einschließlich der Russen, aus. Jene Völker hätten sich also den Polen gegenüber unterzuordnen, da ihre Kultur angeblich weit weniger wert sei. Insofern deckte sich diese Art von Nationalismus mit dem Chauvinismus in anderen Staaten. Das Piłsudski-Lager modifizierte jedoch die Ansicht, indem sie anderen Ostvölkern das Recht auf einen eigenen Staat zubilligte, der jedoch mit Polen verbunden und von ihm politisch, wirtschaftlich und militärisch abhängig sein müsste. Eine Gleichberechtigung in dieser föderalistischen Konzeption hätte es faktisch nicht gegeben, denn eine Überlegenheit der Polen hätte als selbstverständlich gegolten.

Dieser eher gemäßigte Nationalismus richtete sich allerdings nicht gegen Juden. Da es in der Piłsudski unterstützten PPS viele Juden

gab und diese sich für die Unabhängigkeit eingesetzt hatten, galten sie als ein den polnischen Staat stabilisierendes Element, das zugunsten Polens auch in die ukrainischen und belorussischen Gebiete hineinwirken konnte und gewissermaßen eine Brückenfunktion einnehmen sollte. Zudem waren sie polnische Staatsbürger und somit juristisch gleichberechtigt. Pilsudski, der zeitlebens ein gutes Verhältnis zu Juden besaß, wusste um die Bemühungen vieler Juden, sich zu assimilieren bzw. die polnische Kultur anzunehmen und zu verbreiten. Die hohe jüdische Präsenz in Wissenschaft, Kultur, Kunst, Gesundheitswesen, Rechtsprechung, Politik usw. verstand er als Bereicherung der Nation. Mit solchen Ansichten, die aber auch von Pilsudski-Anhängern nicht immer und nicht konsequent geteilt worden waren, galt man in Polen gemeinhin nicht als Nationalist. Dennoch waren jene Ansichten eindeutig als solche zu klassifizieren. Jener Nationalismus war aber außenpolitisch aggressiv und somit chauvinistisch, denn er beanspruchte das Recht für sich, jederzeit zu intervenieren, wenn es nicht nach dem Willen Warschaus ging. Dem polnischen Heer kam hier eine ausschlaggebende Bedeutung zu.

Jener Nationalismus, der einer traditionellen Denkart des polnischen Adels entlehnt war und durch die aus ihm stammende Intelligenz verbreitet wurde, erwies sich aber unbrauchbar gegenüber den Deutschen. Das war sein empfindlicher Schwachpunkt und führte in letzter Konsequenz die ganze nationalistische Denkweise ad absurdum: Mit der am weitesten entwickelten Nation Festlandeuropas konnten die polnischen Nationalisten wohl kaum auf irgendeinem Gebiet, geschweige der Kultur, konkurrieren. Demzufolge war man Deutschland gegenüber wesentlich bescheidener und übte sich in respektvoller, auch achtungsvoller Zurückhaltung. Diesen »Kulturkampf« überließ man lieber den Franzosen und Engländern, die tatsächlich eine echte Konkurrenz zu Deutschland darstellten. Diese Haltung warf aber auch einen langen Schatten auf die gegenseitigen Beziehungen, d.h. die polnische Außenpolitik. Während die Beziehungen zu den Ostvölkern, darunter zur UdSSR, von Positionen realer und vermeintlicher Stärke, vor allem aber von unbegründeter Arroganz geprägt waren, versuchte Warschau mit

Berlin – auch eingedenk eigener potenzieller Schwächen – auf Augenhöhe zu verhandeln. Erfolgreiche Abschlüsse mit den Deutschen erfüllten die Polen demnach mit mehr Stolz als solche mit den Ostvölkern. Dieser Respekt vor den Deutschen verführte aber auch dazu, die Gefahren aus dem angrenzenden Westen zu bagatellisieren, zu unterschätzen oder gar zu verdrängen. Absprachen mit den Deutschen wurden weit weniger hinterfragt als jene mit dem Osten, und in der Regel dauerten Verhandlungen mit ihnen nicht so lange wie mit Moskau. Bei Zusammenbruch dieser Illusionen, d.h. wenn die Deutschen Polen bekämpften oder gar angriffen, schlug diese zurückhaltende und verschämt wohlwollende Haltung sofort in einen entschiedenen und zur Abwehr bereiten Patriotismus um, für den die Polen in Europa auch berühmt sind.

Ein Scheitern des landläufigen Nationalismus konnte für das polnische politische Denken und die praktische Politik verheerende Konsequenzen haben. Ratlosigkeit, Pessimismus und Resignation waren die ersten Folgen. Eine wirkliche Niederlagenanalyse blieb aus politisch-moralischen Gründen aus. Die Schuld wurde vor allem in äußeren Faktoren, weniger bei sich selbst gesucht. Anschließend war man wieder von der eigenen Größe und Unfehlbarkeit überzeugt und glaubte, wie zuvor weitermachen zu können. Eine verinnerlichte trotzig Haltung verhinderte im Nachhinein auch weitere Analysen.

Der Nationalismus der Nationaldemokraten, vor allem von Dmowski entwickelt, war in seinem Wesen außenpolitisch defensiv, allein auf die Verteidigung der polnischen Nation gerichtet. Er besaß den Vorzug, auch gegenüber den Deutschen zu funktionieren. Jener Nationalismus war systematisch, fundiert, relativ geschlossen, er schien vernünftiger als der des Piłsudski-Lagers. Dessen Nationalismus war kaum fundiert und letztlich ein Sammelsurium landläufiger und veralteter Auffassungen.

Dem Nationalismus Dmowskis lagen völlig andere Denkmuster zugrunde. Vor allem ging er außenpolitisch von einer realen Analyse und nicht – wie Piłsudski – von Wunschvorstellungen aus. Die Nationaldemokraten, politische Vertreter der Großgrundbesitzer, Großbauern, der katholischen Kirche und anderer Reicher, hatten durch ihre

verschiedenen Präsenzen, Kontakte und Auslandserfahrungen ein anderes Weltbild als die vor allem kleinbürgerlich-kleinadlig geprägten und nicht zuletzt romantisierenden Pilsudski-Anhänger. Vor allem kannten sie die Potenzen und Stärken Deutschlands und Russlands. Als kapitalistische Unternehmer konnten sie sich keine politische Romantik leisten, sondern mussten nahezu alles vom Standpunkt einer nüchternen Kalkulation betrachten. Hierzu musste das politische Risiko kalkulierbar, übersichtlich und vor allem gering gehalten werden.

Unter den Bedingungen der Teilungen und angesichts der verloren gegangenen Aufstände hatte man schnell begriffen, dass das polnische Volk nicht die geringste Chance besaß, auch nur gegen eine der Teilmächte, geschweige gegen alle drei einen siegreichen Aufstand durchzuführen. Damit wurde jeglicher Aufstandsideologie konsequent abgeschworen.

Die Schaffung eines polnischen Nationalstaates konnte unter diesen Bedingungen nur ein Fernziel sein. Eine kulturelle Autonomie war das Nahziel. Erst durch die Veränderungen des Ersten Weltkrieges nahmen Polens realistische Nationalisten Kurs auf einen souveränen Staat. Unter dem Eindruck der verstärkten Germanisierung und der spät eingesetzten Russifizierung und nicht zuletzt anhand der Analyse des Untergangs des alten Polens hatten sich in der sogenannten Krakówer Schule realistische Ansichten durchsetzen können, die von der bisher üblichen Glorifizierung des alten Polens abrückten, die Ursachen für den Untergang kritisch hinterfragten und zu richtigen Erkenntnissen gelangten. Dmowski hatte festgestellt, dass die Germanisierungsbestrebungen der Deutschen weitaus gefährlicher für das polnische Nationalbewusstsein waren als diesbezügliche Anstrengungen der Russen.

Die Deutschen hatten im Gegensatz zu den Russen bis zur Dritten Teilung Polens ethnisch-polnische Gebiete besetzt und trachteten danach, den Einfluss der katholischen Kirche empfindlich zu beschneiden, die polnische Sprache schrittweise aus dem öffentlichen Leben zu entfernen, die Verbreitung der polnischen Kultur weitgehend zu unterbinden und auch polnische Bauern zugunsten deutscher

von ihrem Landbesitz zu vertreiben. Es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die Deutschen ihr Ziele erreicht hätten, und sich auch die hiesige polnische Bevölkerung mehr oder weniger untergeordnet hätte. Hierzu waren schon Ergebnisse spürbar: Als sich die Polen aller Teilungsgebiete 1918 wieder zu vereinigen begannen, hatten die Polen des deutschen Teilungsgebietes mental mehr mit den Deutschen gemeinsam als mit den Polen der anderen Teilungsgebiete. Hier gab es auch eine Konzentration der deutschen Minderheit. Eine bedeutende russische oder österreichische Minderheit gab es in den anderen Gebieten nicht. Bei diesen Deutschen handelte es sich nicht allein um aus dem Reich Zugezogene, sondern auch um Polen, die sich für die deutsche Nationalität und auch für das protestantische Glaubensbekenntnis ausgesprochen hatten.

Gegen diese fremden Einflüsse galt es sich abzuschotten, um die eigene Identität bewahren und sich politisch-ideologisch wehrhaft halten zu können. Insofern kam der katholischen Kirche eine Schlüssel-funktion zu. Über sie wurden nicht nur die polnische Sprache und Kultur gepflegt, sondern auch noch eine scheinbare politisch-moralische Einheit aller Polen erreicht. In der Tat wirkten Kirche und Nationaldemokratie besonders eng zusammen, und der größte Teil des Klerus war ihr Parteigänger. Gemeinsam organisierten sie vielseitige Formen der Hilfe für bedrängte Landsleute, die von juristischen Vertretungen bis zu einem gut ausgebauten Genossenschaftswesen reichten. Mit Hilfe der Kirche wurden auch viele kulturelle Einrichtungen unterhalten, die kostenlos eine weitgehend funktionierende nationale Bildung betrieben.

Diese Abwehrstellung wurde jedoch flexibel gehandhabt. Man verschloss sich nicht fremden modernen, die Wirtschaft voranbringenden Impulsen und allen geistigen Strömungen, welche die Auffassungen der Nationaldemokraten bestärkten.

Diese Betrachtungsweisen hatten sich politisch durchaus bewährt. Im deutschen Teilungsgebiet errangen die Nationaldemokraten unter allen polnischen Parteien eine dominierende Stellung.

Der nationaldemokratische Nationalismus hatte aber auch eine innere Zielrichtung. Sollte die innere Einheit aller Polen funktionieren,

so durften keine sich gegenseitig widerstrebenden politischen Tendenzen auftauchen. Hier sollten nationale über Klasseninteressen stehen. Die Polen sollten untereinander national solidarisch, nicht aber klassensolidarisch sein. Der bedeutendste Gegner war demnach die sozialistische Arbeiterbewegung. Jegliche Ideologie der Arbeiterbewegung, ganz zu schweigen vom atheistischen und internationalistischen Marxismus, wurde als fremde und in diesem Zusammenhang deutsche Ideologie und als »unpolnisch« oder »polenfeindlich« diskreditiert. Auf diese Weise glaubte die Nationaldemokratie eine ihren politischen Auftraggebern subordinierte Gesellschaft ohne Klassenkampf schaffen zu können.

Im deutschen Teilungsgebiet war es den Nationaldemokraten gelungen, eine eigene klerikal-nationalistische Arbeiterpartei ins Leben zu rufen und die polnischen Sozialisten faktisch aus dem polnischen Leben auszuschließen. Der sozialdemokratischen Bewegung gehörten daher fast nur deutsche Arbeiter jener Gebiete an. Das war die deutsche SPD. Die polnische PPS verfügte hier kaum über Einfluss.

Die Nationaldemokraten wollten einen polnischen Nationalstaat ohne fremde nationale Minderheiten. Sie gingen hierbei von durchaus realistischen und logischen Überlegungen aus. Die Existenz fremder Nationalitäten, deren Titularstaaten an Polen angrenzen, können immer Probleme, einschließlich Grenz- und Territorialveränderungen nach sich ziehen, Auseinandersetzungen mit ihnen die Gesellschaft destabilisieren, radikalisieren und sogar zum Krieg führen. Das waren auch die Lehren aus dem Untergang des alten Polens. Auf diese Weise würde das neue Polen nur von Feinden umgeben sein. Die sich anschließende Geschichte Polens, vor allem seiner Ostgebiete, bestätigte diese Befürchtungen. Sollte es dennoch nationale Minderheiten geben, so sollten sie zahlenmäßig gering sein, um sie polonisieren zu können. Daher waren die Nationaldemokraten gegen die Ost-Pläne Piłsudskis. In ihnen sahen sie über kurz oder lang eine Gefahr für die Existenz der polnischen Nation. Die Nationaldemokraten waren sich darin einig, dass auch von Polen abhängige ostslawische Staaten Polen in gefährliche Abenteuer mit Russland hineinziehen konnten.

Das Haupthindernis für eine nationale Einheit hingegen sahen sie mehr in den Juden als in den Sozialisten. Juden, die in Polen eine eigene Nationalität bildeten, waren für sie eine Bevölkerungsgruppe, die sich für die Assimilation kaum eignete und durch die Stärke ihrer Religion und mehrere tausend Jahre Geschichte eine feste uneinnehmbare Burg war. Sie hatten es in jenen Jahrhunderten verstanden, ihre nationale bzw. religiöse Identität gegenüber den verschiedensten Formen von Diskriminierung, Staats- und individuellem Terror zu behaupten und ihre Position sogar noch zu festigen. Die polnischen Juden standen geradezu für alles, was den polnischen extremen Rechten und Nationalisten auf dem Weg zu einer »nationalen Gemeinschaft« im Weg stand. In der sozialistischen und kommunistischen Bewegung Polens waren sie zahlreich vertreten und stellten eine Anzahl von glänzenden Theoretikern, Propagandisten und Publizisten. Vor allem aber bildeten sie eine Konkurrenz im Wirtschafts- und Kulturbereich. Juden stellten die Hälfte der polnischen Bourgeoisie dar. Im Bereich von Lehre und Forschung war ihr Anteil vor allem in den lukrativen Rängen weit höher als ihr Bevölkerungsanteil. In den sogenannten Freien Berufen wie Ärzte und Rechtsanwälte war jeder Zweite ein Jude. Da die meisten Juden in Städten wohnten, war ihre Präsenz in Ballungszentren besonders auffällig und oft Stein des Anstoßes. Sie stellten vor dem Ersten Weltkrieg die Hälfte der Einwohner Warschaus. In Zentralpolen waren Städte mit ähnlichen Verhältnissen keine Seltenheit. Auch auf dem Land war die jüdische Präsenz unübersehbar. Die meisten Dorfwirte, Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte waren ebenfalls Juden. Auch Besitzer von Industriebetrieben waren Juden, so dass selbst unter der Arbeiterschaft antijüdische Haltungen weit verbreitet waren.

Die nationaldemokratische Demagogie, alle diese national relevanten Positionen »judenfrei« zu machen, fand natürlich Anklang in der polnischen Gesellschaft. Den meisten ging es hierbei freilich nicht um die nationale Sache, sondern um die Beseitigung der jüdischen Konkurrenz und um die Übernahme ihrer Positionen. Es gehört zu den Kuriositäten der jüngeren polnischen Geschichte, dass durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und mit dem Sieg der polnischen Linken ein Staat

ganz nach den ethnischen Vorstellungen der Nationaldemokraten entstand. Kaum nationale Minderheiten, fast alle Polen waren katholisch, und den Deutschen hatte man die polnischen Gebiete bis zur Oder-Neiße-Grenze abgenommen und ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem sozialistischen Nachfolger Russlands abgeschlossen.

So sehr die Nationaldemokraten hinsichtlich der polnischen Grenzen und Außenbeziehungen realistische Positionen aufzuweisen hatten, so verfielen sie nach der erneuten Machtübernahme Pilsudskis einem nie dagewesenen Rechtsruck.

Mit dem Wegfall Russlands als vorgesehenem Beschützer Polens aufgrund seiner sozialistischen Entwicklung und der Wechsel der bisher die Nationaldemokratie unterstützenden einflussreichen wirtschaftlichen Kräfte auf die Seite des neuen starken Mannes in Warschau, nämlich Pilsudskis, hatten sie ihre bisherige richtungsweisende politische Rolle verloren. Das rechte Spektrum war nun mit dem Pilsudskis-Lager ausgefüllt. Ihnen blieb also nur, sich noch weiter rechts in der polnischen Gesellschaft anzusiedeln. Das war aber die extreme Rechte, so dass die Nationaldemokratie immer mehr dem Faschismus anheim fiel und ein noch extremerer Antisemitismus ihr Markenzeichen wurde. Aus Teilen dieser Partei entwickelten sich die polnischen Faschisten.

Die Nationaldemokratie war während des Krieges in der Londoner Exilregierung vertreten. Hier war nichts mehr von den Gedanken Dmowskis zu verspüren. Im Verhältnis zur UdSSR fehlte jeder Realismus. Letztlich wurde auf der Konferenz von Jalta von den Vertretern der UdSSR, den USA und Großbritanniens das Verbot dieser Partei empfohlen und von der Regierung der polnischen Linken durchgesetzt.

Vorerst aber sollten die Ereignisse des Ersten Weltkrieges die Nagelprobe für die verschiedenen Konzeptionen bringen und somit eine Weichenstellung für künftige außenpolitische Orientierungen einleiten.